

# Sächsische Staatszeitung

Staatsanzeiger für den Freistaat Sachsen



Erscheint wochentlich nachmittags mit dem Datum des Erscheinungstages.  
Bezugspreis: Monatlich 800 Mark. Einzelne Nummern 85 Mark.  
Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 21295 — Schriftleitung Nr. 14574.  
Postfachkonto Dresden Nr. 2480.

Ankündigungen: Die 32 mm breite Grundzeile oder deren Raum im Ankündigungstafel 100 R., die 66 mm breite Grundzeile oder deren Raum im amtlichen Teile 200 R., unter Eingangs 240 R. Ermäßigung auf Familien- u. Geschäftsanzeigen.  
Schluß der Annahme vormittags 10 Uhr.

Zeitweise Nebenblätter: Landtags-Beilage, Synodal-Beilage, Ziehungslisten der Verwaltung der Staatsschulden und der Landes-Kulturdenkmal, Jahresbericht und Rechnungsabschluß der Landes-Brandversicherungsanstalt, Verkaufsliste von Holzplätzen auf den Staatsforstrevieren.  
Verantwortlich für die Redaktion: Hauptredakteur Bernhard Jolles in Dresden.

Nr. 18

Montag, 22. Januar

1923

## Einmütiger Widerstand gegen Poincarés „friedliche“ Methoden.

### Die Bergarbeiter zu großen Opfern bereit.

Die Situation im Ruhrgebiet spitzt sich zu. Nach mißglückten Verhandlungen, Verhandlungsversuchen und ebenfalls erfolglosen Maßnahmen geht man nun zum zweiten Teile des Programms über: man scheidet zur Tat.

Die staatlichen Gruben sind besetzt, die ersten Besetzungen von Wirtschaftsführern sind erfolgt, auch der Großindustrielle Thyssen, der nach außen hin den Widerstand der Industriellen repräsentiert, wenn er auch keineswegs die einzige Seele des Widerstandes ist, befindet sich unter den Betroffenen. Sollten die französischen Generale und Kammerherren ihres königlichen Titels damit gerechnet haben, daß die Bevölkerung, daß die Arbeiterschaft diese Maßnahmen stillschweigend hinnehmen, so ist sie enttäuscht, daß man sich mit einem Geisler der Ergebnisse in die Beschlagnahme der 32 Kohlenminen, in den Eingriff in die Depots der Banken sät, dann hat man gründlich die Rechnung ohne den Wirt gemacht.

Die Bevölkerung empfindet die Besetzung des Ruhrgebietes als Invasion, sie empfindet die Besetzung deutscher Wirtschaftsführer, die nichts weiter getan haben, als nach dem Knacken der französischen Peitsche nicht zu tanzen, als gemeine PreSSION, sie empfindet alle Eingriffe in deutsche Wirtschaft als Raub und Diebstahl und läßt es sich nicht verbieten, das Land beim nächsten Kamen zu verlassen. Sie läßt sich das Recht nicht nehmen, zu zeigen, wie sie über das Treiben des französischen Militärs denken. Die Herren Generale erlauben sich, eine Handvoll Deutscher, die sich weigern, für den französischen Militarismus Sklavendienste zu leisten, gefangen zu nehmen? Wohin, aus der Handvoll werden Hunderttausende von Händen, die diese Sklavendienste verweigern.

Wiederaufbau? Ja! Sklavensarbeit? Nein! Man wird heute sehen, was die Arbeiterschaft im Ruhrgebiet über die „friedlichen“ Methoden des Herrn Poincaré denkt. Knallt die Peitsche? Wohin, die Mitarbeiter werden tanzen, aber eine andere Weise, als man sich's im Lunai d'Orsay geträumt hat. Sie haben eine getreue Kammermehrheit, Herr Poincaré? Sollen Sie die Arbeiter an der Ruhr mit dieser Kammermehrheit verwechseln haben, dann was das ein gefährlicher Irrtum. Wenn Sie nicht auf die Stimmen der Gewerkschaftsführer und Betriebsräte hören, die Ihnen Ihre Handlanger in Düsseldorf übermitteln werden, dann dürfte am Montag der zweite Akt beginnen, der Ihnen vielleicht weniger angenehm sein wird.

Sie sind erbaut. Sie betonen immer wieder, daß es sich ja nur um einen durchaus „friedlichen“ Spagiergang handelt? Aber es scheint, daß Ihre Knallbüchsen sehr leicht Feuer fangen. In Bochum haben Sie auf eine ungewohnte Weise geschrien, in Langendreer haben Sie einen einsamen Kohlenarbeiter ohne Grund niederstrecken lassen. Sind das Ihre „friedlichen“ Methoden, Herr Poincaré? Glaubten Sie, dadurch die Arbeiter an der Ruhr zu Ihren Freunden machen zu können? Dann fahren Sie fort!

### Uebersichten zur Wilderung der Not im Ruhrgebiet.

Halle, 22. Januar.

Der gestern hier tagende Vorstand des Reichsverbandes deutscher Bergbauangehöriger, Siegen, sagte einstimmig eine Entschlieung, in der er den Rechtsbruch im Ruhrgebiet auf das schärfste verurteilt und die Übergangung ausdrückt, daß eine Abwehr der feindlichen Gewalt nur Erfolg verspricht, wenn sie getragen werde von dem stillschweigenden wohlüberlegten Gemeinheitswillen aller an der Bergbauwirtschaft beteiligten Kreise. Der Hauptvorstand erwartet von der Reichsregierung die unverzügliche Zusammenberufung aller zur Mitarbeit an der Abwehr bereiten Organisations zur Aufstellung der einheitlichen Richtlinien notwendigen Maßnahmen und sieht voraus, daß der Widerstand im Ruhrgebiet den am Bergbau Beschäftigten schwere Opfer auferlegen werde, da schon heute der Feind dazu übergeht, anrechte Männer um Heimatlohn und Arbeit zu bringen. Er betrachtet es als Gebot der Ehre und Solidarität, die Opfer der feindlichen Gewaltspolitik vor dem Untergang zu bewahren.

Der Reichsverband sei für den Fall unzureichender staatlicher Hilfe zu tätiger Solidarität bereit und werde zu diesen Fall seine Mitglieder verpflichten, einen bestimmten Prozentsatz ihres Einkommens für diesen Zweck zur Verfügung zu stellen. Wenn die feindlichen Maßnahmen die schon vorhandene Kohlenknappheit zur Kohlennot steigern, sei der Reichsverband deutscher Bergbauangehöriger bereit, die für die Instandhaltung unserer Wirtschaft nötigen Übersichten zu verfassen. Der Verband sei darüber hinaus bereit, unter der Voraussetzung der gleichen Bereitwilligkeit seitens der Arbeitgeber den Ertrag dieser Übersichten für die Wilderung der Not im Ruhrgebiet zur Verfügung zu stellen. Er erklärt sich auch bereit, in der Gewerkschaftsbewegung jetzt alles zurückzustellen, was der einheitlichen Kraftentfaltung hinderlich sei.

### Der Protest der Bergarbeiterverbände.

Essen, 21. Januar.

Von den Bergarbeiter-Verbänden geht dem W. L. O. folgende Erklärung zu:

„In der letzten Woche ist das Ruhrrevier von starken französisch-belgischen Truppenverbänden mit Panzerautomobilen, Kanonen, Maschinengewehren und sonstigen militärischen Ausrüstungen kriegerisch überzogen worden. Die militärische Besatzungsbehörde hat bereits gewalttätig in das ganze Wirtschaftsleben eingegriffen. Die Kohlenbergwerke wurden z. T. beschlagnahmt und mit Truppen besetzt. Auch wurde eine Anzahl Werksleiter und Beamte verhaftet. Die Sicherheit für das Leben der Bevölkerung wird auf das äußerste gefährdet. Es sind bereits friedliebende Bürger erschossen worden.“

Wir protestieren deshalb ganz energisch

1. gegen den widerrechtlichen Einmarsch französisch-belgischer Truppen in das Ruhrgebiet;
2. gegen jeden Eingriff betriebsfremder Elemente in den Bergwerbsbetrieb und die Verwaltung;
3. gegen die gefährliche Besetzung der Bergwerke und die Unterdrückung militärischer Kommandos auf den Zechen;
4. gegen die Verhaftung von Werksleitern und Beamten;
5. gegen die Erschießung von friedlichen Bürgern.

Um die Ruhe und Ordnung im Ruhrgebiet wieder herzustellen,

fordern wir

1. sofortige Freigabe der Bergwerke und Zurückziehung der Soldaten von den Zechen;
2. Freigabe der Werksleitungen und Beamten;
3. Sicherheit für Leben und Eigentum der friedlichen Bevölkerung;
4. Zurückziehung der Truppen aus unserem sonst friedlichen Wohn- und Arbeitsgebiet.

Wir erwarten, daß die Besatzungsbehörde den berechtigten Forderungen Folge leistet. Werden

unserer Maßnahmen nicht gehört, dann ist an eine geregelte Kohlenförderung nicht zu denken, Störungen des Wirtschaftslebens werden dann unvermeidbar. Die friedliche Bevölkerung des Ruhrgebietes lehnt es ganz entschieden ab, unter den Bajonetten französischer Soldaten zu arbeiten.“

### Kein Geld für die Vertragsbrüchigen.

Aufforderung an die Finanzämter.

Berlin, 21. Januar.

Unter Besetzung des Rheinlandskommissars will die Rheinlandskommission, Anweisungen gebend, die, wie sie betont, gewisse Oberkommissare von ihren Regierungen empfangen haben, die Deutschland zustehenden Zölle, die deutsche Kohlensteuer und die deutschen Ausfuhrabgaben in die Rassen des Auslandes leiten. Diese Anordnungen sind rechtswidrig. Deutsche Beamte werden Zahlungen, die Teufelsand entgegen und fremden Mächten zugesandt werden sollen, nicht entgegennehmen. An die Rassen des besetzten Gebietes ist daher nur zu zahlen, solange die deutschen Beamten sich bereit erklären, die Zahlung für deutsche Rechnung entgegenzunehmen. Wird Annahme verweigert, so besteht nur noch die Zahlung an deutsche Rassen im unbesetzten Gebiet von der Steuerbehörde. Es wird von der Bevölkerung erwartet, daß sie nicht durch Zahlungen von Zöllen, Kohlensteuer oder Ausfuhrabgaben an fremde Beamte und fremder Gewalt unterworfenen Rassen den Willen und die Macht derer stützt, die Deutschland vernichten wollen. Der Reichsminister der Finanzen Dr. Giercks.

### Unbeglamer Widerstand.

Berlin, 21. Januar.

Der Reichspostminister hat auf Grund des Auftrages der Reichsregierung und der Landesregierungen von Preußen, Bayern, Hessen und Oldenburg vom 20. Januar alle Beamten, Angestellten und Arbeiter der Reichspost und Telegraphenverwaltungen angewiesen, rechtswidrigen Verordnungen der Besatzungsbehörde ohne Rücksicht auf die eigene Person unbeglamer Widerstand entgegenzusetzen. Den Betreffenden wird volle Schadloshaltung zugesichert.

Wie das Reichswehrministerium bekanntgibt, ist den Leitern, Angestellten und Arbeitern von Schifffahrt und Luftschiffahrt unternehmungen den Bestimmungen des Reichskohlenkommissars entsprechend verboten, bei der Beförderung und Verladung von Kohlen, die für Frankreich und Belgien, und bei der Umleitung von Kohlen, die für deutsche Empfänger bestimmt sind, nach Frankreich und Belgien mitzuwirken.

Die Reichsregierung wird dafür Sorge tragen, daß für alle Beamten und Angestellten der Reichsbehörden, die durch das rechtswidrige Vorgehen der Franzosen und Belgier in ein Verfahren verwickelt werden, rechtshändige Vertreter bestellt werden.

### Schärfster Protest der Reichsregierung.

Die Note über die Bochumer Bluttat.

Berlin, 21. Januar.

Der deutsche Geschäftsträger in Paris ist beauftragt worden, der französischen Regierung folgende Note zu überreichen: Die militärische Besetzung des Ruhrgebietes hat zu Gewaltmaßnahmen der französischen und

belgischen Besatzhaber geführt, die neue schwere Rechtsverletzungen darstellen. Nachdem die deutsche Regierung die Besetzung als Rechts- und Vertragsbruch gekennzeichnet hat, erübrigt es sich, die Rechtswidrigkeit aller dieser Maßnahmen im einzelnen nachzuweisen. Einen Vorfall aus der Reihe der rechtswidrigen Akte muß die deutsche Regierung jedoch besonders hervorheben, weil er schwere Bluttaten gegen Deutsche zur Folge gehabt hat und die Militär des französischen Vorgehens auf den schärfsten in die Erscheinung treten läßt.

Der in Rede stehende Vorfall hat sich nach den der deutschen Regierung bis jetzt zugänglichen Berichten folgendermaßen abgepielt:

Am 15. Januar abends kam es in Bochum unter dem Eindruck der militärischen Besetzung der Stadt zu Kundgebungen, die durch die Anwesenheit von Einwohnern, patriotische Lieder singend, durch die Straßen zogen. Ein solcher Zug, der sich hauptsächlich aus Arbeitern und Angehörigen zusammensetzte, kam in die Nähe des Eisenbahndirektionsgebäudes, wo französische Posten standen. Die Posten forderten die Arbeiter auf, das Singen einzustellen und schossen darauf in die Menge hinein. Ein junger Mann, der Sohn des Lokomotivführers Bire, wurde sofort getötet, mehrere andere Personen wurden schwer verletzt. Es steht fest, daß die an dem Zuge teilnehmenden Personen nicht bewaffnet waren, und daß sie die Posten weder angegriffen noch auch nur bedroht haben. Erst nach dem Vorfall ist von dem französischen Kommandanten eine Anordnung erlassen worden, die Ansammlungen auf der Straße untersagte.

Die deutsche Regierung erhebt gegen diesen Massengewaltakt auf britischem Boden schärfsten Protest. Sie behält sich vor, für die dem Gewaltakt zum Opfer gefallenen Personen und für ihre Angehörigen volle Genugtuung zu fordern.

### Die Note über die Erschießung des Krankenträgers Kowalski.

Berlin, 21. Januar.

Der deutsche Geschäftsträger in Paris ist beauftragt worden, der französischen Regierung folgende Note zu überreichen:

Der Bluttat in Bochum, die den Gegenstand meiner gestrigen Note bildete, ist eine zweite nicht minder schwere Bluttat gefolgt. Am 19. Januar abends 9 Uhr 3 Minuten ist der Krankenträger Kowalski vor dem Amtsgerichtsgebäude in Langendreer von einem französischen Wachposten erschossen worden. Kowalski ging über den Kaiserplatz auf das Amtsgerichtsgebäude zu. Der französische Posten rief ihn an und gab gleich darauf Feuer. In der Nähe der Bluttat in der Nähe einer brennenden Laterne abspielte, mußte der Posten gesehen haben, daß es sich nur um eine einzelne wehrlose Person handelte, die keinerlei Angriffszwecke erkennen ließ. Die Tat ist um so verwerflicher, als sie nicht nur auf die Brutalität eines einzelnen französischen Soldaten zurückzuführen ist, sondern, wie der französische Kommandant in Langendreer gegenüber dem dortigen Bürgermeister erklärt hat, den erteilten Instruktionen entspricht. Die Erteilung derartiger Instruktionen während einer angeblich friedlichen Mission richtet sich selbst.

Die deutsche Regierung erhebt auch in diesem Falle schärfsten Protest und behält sich volle Genugtuung zu fordern.